



HESSISCHER LANDTAG

06. 05. 2025

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,

Fraktion der SPD

Klimaschutz realitätsweisend gestalten: Klimaneutralität durch Technologieoffenheit und umweltbewusstes Handeln

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zu den Klimaschutzzielen des Pariser Abkommens und verfolgt das Ziel der Klimaneutralität in Hessen bis 2045. Dabei setzt er darauf, dass Ökologie und Ökonomie Hand in Hand gehen und künftige Generationen somit über eine lebenswerte Grundlage und einen intakten Naturraum verfügen können. Der Landtag betont, dass Klimaschutzmaßnahmen die Akzeptanz der Bevölkerung erfordern und sich an der Lebensrealität der Menschen orientieren muss. Klimaschutz darf nicht auf pauschalen Verboten basieren, sondern muss auf wirtschaftlichem und technologischem Fortschritt basieren, der letztlich auch zur hessischen Wertschöpfung beiträgt. Nur so kann der Weg hin zur Klimaneutralität nachhaltig gelingen und dauerhaft in der Mitte der Gesellschaft verankert werden.
2. Der Landtag unterstützt einen marktwirtschaftlichen Ansatz, der technologieoffen einen verlässlichen Pfad zur Reduzierung der Emissionen sicherstellt. Er begrüßt die europäischen Pläne zur Einführung eines einheitlichen und sektorübergreifenden Zertifikatehandels, der einen einheitlichen CO₂-Preis in ganz Europa schaffen soll. Dabei müssen Preissprünge vermieden und eine soziale Verträglichkeit gesichert werden.
3. Der Landtag begrüßt die vielfältigen Maßnahmen der Landesregierung für den Klimaschutz. Er unterstützt die Landesregierung dabei, das Hessische Klimaschutzgesetz technologieoffen und praxisnah und mit dem Ziel des Bürokratieabbaus weiterzuentwickeln und zu novellieren. Der Klimawandel stellt uns vor zentrale Herausforderungen. Daher stehen dem hessischen Klimaschutz in diesem Jahr mit fast 23 Mio. Euro mehr Fördermittel zur Verfügung, als in den vergangenen Jahren abgerufen wurden.
4. Neben dem Klimaschutz selbst spielt für den Landtag auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels eine wichtige Rolle. Er unterstützt daher die Erarbeitung einer Klimaanpassungsstrategie, um Hessen resilienter und widerstandsfähiger zu machen. Basis dafür bieten die bereits im Klimaplan festgelegten Maßnahmen. Gemeinsam mit den Kommunen sollen dabei insbesondere der Hochwasserschutz und der Schutz gegen Extremwetterereignisse gestärkt werden. Dafür stellen wir Fließpfadkarten und Starkregenrisikoplanalysen zur Verfügung, die risikoorientiert eine umfassende Prävention ermöglichen. Der Landtag hält es für erforderlich, dass auch der Bund sich an den nötigen Investitionen beteiligt, gerade auch angesichts der bundesweit wirksamen KRITIS in Hessen wie Flughafen Frankfurt und Internetknoten DE-CIX.
5. Zur Umsetzung der zahlreichen Klimaschutzmaßnahmen tragen auch maßgeblich die Kommunen bei. Daher bekräftigt der Landtag, dass die kommunale Klimaförderung ein zentraler Baustein zur Erreichung der hessischen Klimaziele darstellt. Er bittet die Landesregierung, diese Unterstützung verstärkt auf die Umsetzung konkreter Maßnahmen auszurichten. Die Initiative „Hessen aktiv: Die Klimakommunen“ ermöglicht dabei über 400 hessischen Kommunen, notwendige Investitionen für Klimaanpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Dieses in Deutschland einzigartige Netzwerk kann so hessische Kommunen auf ihrem Weg zur Klimaneutralität, durch fundierte Beratungsangebote, interdisziplinären Austausch und praxisnahe fachliche Impulse aktiv unterstützen.

6. Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass sich der Anteil Erneuerbarer Energien an der hessischen Stromerzeugung seit dem Jahr 2000 vervielfacht und 2023 erstmals die 60 Prozent-Marke überschritten hat. Diese Steigerung ist ein maßgeblicher Meilenstein zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität, dem Hessen jedes Jahr durch den stetig wachsenden Anteil erneuerbarer Energien im Energiemix näherkommt. Der konsequente Ausbau ist nicht nur aus klimapolitischen Gründen notwendig, sondern gewährleistet Hessen in geopolitisch angespannten Zeiten eine ressourcenunabhängige und zukunftsfähige Energieversorgung und schafft Arbeitsplätze mit entsprechender Wertschöpfung im Land. So bleibt Hessen als dynamischer Lebens- und Wirtschaftsraum weiterhin eine der erfolgreichsten Regionen in Europa. Der Landtag bekennt sich daher zu dem Ziel des weiteren schnellen Ausbaus und der Weiterentwicklung der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik und der Windenergie. Dabei ist sicherzustellen, dass dieser Ausbau landchaftsverträglich erfolgt und die gesellschaftliche Akzeptanz gewahrt bleibt. Der Landtag bittet die Landesregierung, bürokratische und andere in der Verwaltung liegenden Hindernisse beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und deren Speichertechnologien auszuräumen und gleichzeitig die Belange von Umwelt, Anwohnerinnen und Anwohner und Regionen angemessen zu berücksichtigen.
7. Der Landtag ist der Auffassung, dass der hessische Beitrag zum globalen Klimaschutz nicht nur in der Reduzierung von CO₂-Emissionen liegt, sondern auch in der Entwicklung exportierbarer Technologien für klimaneutrale Energien, die weltweit Anwendung finden können. Dies fördert sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Ziele, indem es das Know-how und den Wohlstand steigert. Neben der bereits gut ausgebauten und noch weiter auszubauenden Solar- und Windenergie, setzt Hessen auf Technologieoffenheit und investiert in vielversprechende Bereiche wie Bioenergie, Geothermie, Solarthermie, Wasserkraft und Kernfusion. Vor diesem Hintergrund bekennt sich der Landtag zum Grundsatz der Technologieoffenheit in der Energiegewinnung, -speicherung und -versorgung, mit dem Ziel, Hessen zum deutschen Leitstandort für innovative Energieforschung zu machen. Angesichts des weltweit steigenden Elektrizitätsbedarfs ist eine Diversifizierung der Energiequellen erforderlich, um die hessische Energiesouveränität zu steigern. Exzellente wissenschaftliche Einrichtungen wie z. B. das geplante Exzellenzcluster „Energie 2040“ setzen in der internationalen Forschung Maßstäbe und tragen entscheidend dazu bei, die wissenschaftlich-technische Realisierbarkeit von Zukunftsenergiequellen zu erforschen und weiterzuentwickeln.
8. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag ausdrücklich, den Vorstoß der Landesregierung, über den „Runden Tisch Kernfusion“ gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Forschung den Grundstein für die kommerzielle Nutzung von Fusionsenergie zu legen und die weitere Erforschung der Kernfusion mit 20 Mio. Euro aus Landesmitteln zu fördern. Die laserbasierte Kernfusion kann perspektivisch möglicherweise einen Beitrag leisten für eine saubere und wirtschaftliche Energieversorgung und damit zu einem klimaneutralen Energielieferanten der Zukunft werden. Für eine mögliche kommerzielle Stromerzeugung in Kernfusionskraftwerken bedarf es allerdings noch weiterer Anstrengungen in der Grundlagen- und angewandten Forschung. Insbesondere die am GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung angesiedelte Forschung ist hierfür bedeutsam. Mit innovativen Unternehmen wie bspw. „Focused Energy GmbH“ in Darmstadt oder der geplanten Demonstrationsanlage am Standort Biblis bestehen in Hessen hervorragende Voraussetzungen, um in Zukunft den ersten Fusionsreaktor in Deutschland zu bauen und marktgängig zu machen. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund auch die Vereinbarung des Koalitionsvertrages von Union und SPD auf Bundesebene, die Fusionsforschung stärker zu fördern und das Ziel, dass der erste funktionsfähige Fusionsreaktor der Welt in Deutschland stehen soll.

9. Der Landtag betont, dass neben der erneuerbaren Energiegewinnung auch unsere Wälder eine zentrale Rolle für die Klimaneutralität spielen. Sowohl die CO₂-Bindungskraft der Wälder als auch die nachhaltige Forstwirtschaft zur Gewinnung umweltschonender Rohstoffe sind für ein klimaneutrales Hessen von entscheidender Bedeutung. Deshalb unterstützt der Landtag die vielfältigen Maßnahmen der Landesregierung, den klimaresilienten Waldumbau weiter voranzutreiben, um zukunftsfähige, multifunktionale Wälder zu schaffen. Für den Aufbau klimastabiler Wälder werden klimaangepasste Baumarten gepflanzt, die längeren und wärmeren Trockenphasen standhalten und eine dauerhafte Lösung für eine resistente Aufforstung bieten. So wird ein aktives Waldmanagement und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ermöglicht, die das Gleichgewicht zwischen CO₂-speichernden Wäldern und einer ressourcenschonenden Nutzung von Holz als nachwachsendem und erneuerbarem Rohstoff bewahren kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 6. Mai 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert